



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

L.: Die kirchliche Frage in Italien.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

annehmen zu wollen erscheint uns als unvortheilhaft: einmal kann man durch eine noch weitergehende Verringerung der Zahl das Gewicht der Geschütze doch nicht steigern, da das Vermögen, Geschütz zu tragen, bei Schiffen von solcher Länge nicht durch die allgemeine Schwimmkraft, sondern durch die Stärke der lokalen Substruction (Eisentrnie u. s. w.) bedingt wird, und eine Uebertragung eines größern Gewichts auf eine größere Länge des Schiffs hin wieder allzuschwere Constructionen erfordern würde; und dann verliert ein Schiff mit geringerer Geschützzahl als 6 oder wenigstens 5 zu schnell allen Werth, sobald einige Geschütze außer Gefecht gesetzt sind. Außerdem ist es oft von Wichtigkeit, das feindliche Schiff an mehreren Stellen zu verwunden, nicht bloß an einer Stelle mit größerer Percussionskraft, und überhaupt sind die Chancen des Treffens für ein Schiff mit 6 Geschützen viel größer als für ein Schiff mit 2, wenn auch bedeutend schwereren Kanonen. Wir glauben also, daß die eben gemachten Vorschläge für den Bau der neuen Glatdeckcorvetten ihre volle Berechtigung in sich tragen und empfehlen sie geneigter Beachtung.

Die kirchliche Frage in Italien.

Selten mögen sich tödtliche Gegensätze so nahe berührt haben: fast zu derselben Zeit tagte in den Räumen des Vatican die Versammlung der Bischöfe um auf die Politik des non possumus das Siegel der katholischen Welt zu drücken, und tagte im Saal der Fünfhundert zu Florenz das italienische Parlament als die lebendigste Protestation gegen das heutige Rom. Während noch die letzten Festlichkeiten über dem Grab des Apostelsfürsten nicht verraucht waren, während die Bischöfe die Kasse des Peterspfennigs füllten, Volk und Geistlichkeit, Fremde und Einheimische an der Girandola des Pincio, an der Illumination der Peterskirche, an dem Facellicht der vaticanischen Säle sich ergöhten, begannen im Parlament die ernststen Verhandlungen, die wie ein Warnungszeichen in all diese Herrlichkeit hineinfuhren. Dort das stumpfe Einerlei einer seit Jahrhunderten auswendig gelernten Melodie, hier das angestrengte Ringen des modernen Staats, dem Mittelalter seine letzte Burg zu entreißen. In wenigen Stunden ist jezt Rom von Florenz zu erreichen. Wer aber in diesen Tagen aus der

einen Stadt in die andere kam, mußte sich in eine andere Welt versetzt glauben, er war Zeuge von Gegensätzen, die durch Jahrhunderte getrennt schienen. Und wer diese beiden Heerlager sah, der brauchte nicht mehr lange zu fragen, in welchem Stadium sich zur Zeit die römische Frage befände. Die Gegensätze sind so reinlich abgegrenzt als je. Der Gedanke einer Ausöhnung zwischen Italien und dem Papstthum, seit Cavour die Richtschnur der officiellen Politik Italiens, ist verflogen, das Programm der freien Kirche im freien Staat, nachdem man nichts damit erreicht hat, aufgegeben — ob für immer, das ist eine andere Frage.

Die letzten Verhandlungen der italienischen Kammer bedeuten nichts Geringeres als eine radicale Wendung der italienischen Politik gegenüber von Rom. Vielleicht hat gerade die Feier des Centenariums dazu beigetragen, diese Wendung zur Reife zu bringen oder so ausgesprochen hervortreten zu lassen. Denn jenes Fest war ein feierliches Zeugniß, daß nicht bloß das Papstthum, sondern die Kirche in der Totalität des Episcopats nicht einen Fuß breit der neuen Zeit zu opfern gedenke, und die Wirkung auf die italienische Kammer konnte nicht ausbleiben. Dennoch war die Wendung seit längerer Zeit vorbereitet und vorauszusehen. Sie war schon mit dem Sturz Ricasolis entschieden.

Als Ricasoli ohne durch ein Votum der Kammer gedrängt zu sein, vielmehr nach Neuwahlen, welche die gemäßigtere Partei wesentlich verstärkt hatten und endlich eine starke Mehrheitsregierung möglich zu machen schienen, Anfangs April plötzlich seine Entlassung erhielt, lag der Gedanke nahe, daß ihr Motive der auswärtigen Politik zu Grund liegen. Ebendamals war der luxemburger Conflict in sein brennendes Stadium getreten, Frankreich sah sich nach Verbündeten um, und es schien nicht zweifelhaft, durch welche Einflüsse eben jetzt die feste Säule der preussischen Allianz gestürzt und durch den geschmeidigen, Frankreich geneigten Rivalen ersetzt worden. Und schlimm genug war es allerdings, daß damals die Frage der italienischen Heeresfolge überhaupt öffentlich aufgeworfen wurde, daß in Italien — wir sagen nicht, die Dienste Preußens so weit vergessen wurden, — denn die Politik kennt keine Dankbarkeit — aber die precäre Lage der inneren Zustände so sehr vergessen wurde, daß man ernsthaft die Theilnahme an einem Krieg erörterte, von dem Italien alle Gründe hatte wegzubleiben. Es war auch ohne Frage für Deutschland höchst unerwünscht, daß in diesem Augenblick der befreundete Posten in Italien verloren ging. Dennoch lagen die Gründe für den Ministerwechsel unzweifelhaft in den inneren Verhältnissen.

Es war Ricasoli nicht gelungen sein Cabinet, wie er gewünscht hatte, aus den Parteien der Kammer zu verstärken. Er trug zum Theil selbst die Schuld durch das wenig geschickte Decret, durch das er sich eine dominirende Stellung

im Ministerrath zu sichern gedachte und welches eben die Ursache war, daß die andern Parteihäupter sich weigerten in sein Ministerium zu treten. Er schien geneigt, einen neuen Entwurf über die Liquidation des Kirchenvermögens vorzulegen, aber dieser hätte doch wieder auf denselben Grundsätzen über das Verhältniß von Kirche und Staat beruhen müssen, mit denen sich nun einmal Ricasoli identificirt hat, und eben gegen diese Grundsätze erhob sich eine immer entschiedener Opposition. Dazu kam, daß Ricasoli es wenig verstanden hatte, eine Kammer, die aus so divergirenden Elementen besteht, ja nicht einmal seine eigene Partei mit kräftiger Hand zusammenzuhalten. Ehrlich, offen, makellos, aber schroff, stolz, unbiegsam, wenig um Popularität bekümmert, sah er sich fast vereinsamt; ja grade die Hohheit seines Charakters schien unbequem und reizte die Waffen hämischer Verläumdung. Es gehört zu den unerfreulichsten Zügen im politischen Leben Italiens, daß man keine größere Freude kennt, als die wirklich tüchtigen Männer, die über die Menge herausragen, unmöglich zu machen, herunterzureißen, zu „demoliren“. Es ist unglaublich, was das neuere Italien in diesem Stück geleistet hat, von Cavour an, der sich aufrieb in den leidenschaftlichen Kämpfen mit der Linken, bis auf diesen Tag.

Jetzt war die Zeit Rattazzis gekommen, der in allen wichtigen Fragen vorsichtig zurückgehalten hatte, um in jedem Augenblick möglich zu sein, der durch die Geschmeidigkeit seines Wesens grade für solche zweideutige Situationen sich eignete, von denen man noch nicht wußte, was daraus werden sollte, der ungehindert durch System und Doctrinen nie um die schicklichen Mittel des Augenblicks verlegen war. Demgemäß war sein Auftreten im Parlament, seine Antrittsrede war in den allgem reinsten Ausdrücken gehalten, sein Ministerium hatte er fast aus lauter obskuren, bisher kaum genannten Männern zusammengesetzt. Er war entschlossen abzuwarten, bis die Kammer sich in irgendeiner Richtung äußern würde. Sein Finanzminister Ferrara arbeitete zwar einen neuen Plan über die Kirchengüterliquidation aus, als jedoch auch dieser auf allgemeinen Widerspruch stieß (hauptsächlich weil er gleichfalls die freie Zustimmung des Klerus voraussetzte), gab Rattazzi ohne Bedenken das Project und den Minister preis. Inzwischen wußte er aufs liebenswürdigste der Kammer zu begegnen, und sie erwies sich dankbar. So unbequem ihr Ricasoli gewesen war, so gerne ließ sie sich einen Minister gefallen, der ihr nicht imponirte. Zwischen der Linken und dem Ministerpräsidenten entwickelte sich von Tag zu Tag ein zärtlicheres Verhältniß.

An der Kammer also nun war es, die Initiative zu ergreifen. Sie hatte ein Project nach dem andern verworfen, einen Minister nach dem andern gestürzt, man konnte erwarten, daß sie endlich einmal einen positiven Beitrag zur Lösung der Kirchenfrage gebe. Schon die Wahl der Commission zeigte das Uebergewicht, das in dieser Frage die Linke erlangt hatte. Präsident der

Commissien war der turiner Advocat Ferraris, eines der Häupter der piemontesischen Opposition. Er arbeitete ein Gegenproject aus, das, wie sich bald zeigte, den Beifall der Kammer und folglich auch des Ministeriums erwarb. Nicht die finanziellen Details sind das eigentlich Unterscheidende in den verschiedenen Entwürfen, die auf einander gefolgt sind. In dieser Hinsicht besteht die Hauptoperation stets in einem Vertrag mit irgendeinem Bankhaus, das dem Staat die Summen vorstreckt, die durch den Verkauf der Kirchengüter flüssig gemacht werden sollen, und die Kunst des Ministers besteht nur darin, möglichst günstige Modalitäten aufzufinden, und möglichst wenig drückende Bedingungen, unter welchen die Finanzmächte sich zu diesem Geschäft herbeilassen. Die prinzipielle Frage dagegen ist die, wer der künftige Eigenthümer der bisher kirchlichen Güter, und wie demgemäß das Verhältniß der Staatsgewalt zu den Angelegenheiten des Cultus sein soll. Ricasoli hatte es versucht, mit dem Grundsatz der Trennung Ernst zu machen. Die Beziehungen beider Sphären sollten gelöst, die Kirche sollte nach Aufhebung der todten Hand und nach Abgabe einer Art von Steuer an den Staat im Eigenthum ihres Vermögens bleiben. Indem man dem Episcopat die Disposition über das Kirchengut ließ, konnte man nicht nur hoffen, daß er willig die Hand zur Liquidation der Güter biete, was zugleich für den finanziellen Erfolg ein entschiedener Gewinn war, sondern man näherte sich damit zugleich einem Zustand, den das Vorbild der freisten Staaten empfahl. Allein der ricasolische Entwurf scheiterte an der entschiedenen Abneigung der öffentlichen Meinung, den Klerus zum Eigenthümer des Kirchenguts zu machen, an der Besorgniß, dadurch seine Macht gegenüber dem Staat zu stärken, in letzter Instanz an der Besorgniß vor den Folgen der Trennung beider Gewalten überhaupt. Ein zweites System, das gleichfalls auf dem Princip der Trennung beruhte und doch die angedeuteten Gefahren vermied, wurde angeregt, ohne ernstlich verfolgt zu werden. Es bestand darin, nicht den Episcopat, sondern die Gemeinden und Provinzen, nicht den Klerus, sondern die Laienwelt, die Gemeinschaft der Gläubigen zum Eigenthümer der Güter zu machen. Ein Gedanke, der allerdings auf die letzte ideale Lösung zielt, aber den völligen Umsturz der Grundlagen des Katholicismus bedeutet und im jetzigen Stadium in der That undurchführbar war. Es blieb noch ein drittes System übrig, nämlich den Staat zum wirklichen Eigenthümer des Kirchenguts zu erklären, den Beschluß vom Juni 1866 über die Aufhebung der religiösen Körperschaften rücksichtslos durchzuführen, die Bedürfnisse des Cultus aus Staatsmitteln zu bestreiten, ein Oberaufsichtsrecht des Staats im Sinn der josephinischen Ideen auszuüben und überhaupt die Angelegenheiten der Kirche unter den dominirenden Gesichtspunkt des Staatsinteresses zu stellen. Dies ist der Charakter des von Ferraris verfaßten Entwurfs: er bedeutet die Rückkehr zum Princip der Feindschaft zwischen Kirche und Staat.

Seit dem 5. Juli ist die Debatte über diesen Entwurf eröffnet, deren Ausgang im voraus gewiß war. Zwischen die allgemeine und die Specialdebatte wurde noch eine von Gius. Ferrari, dem radicalen, excentrischen Philosophen gestellte Interpellation über die Sendung Tonello und die Bischofsnennungen unter Ricasoli eingeschoben. Dadurch erhielt die ganze Verhandlung noch mehr den Charakter eines Processes gegen die Politik des vorigen Ministeriums. Es folgten sich Anklage, Vertheidigung und Verdict. Das Verdict fiel gegen Ricasoli und gegen die mit Cavour eingeleitete kirchliche Politik des Königreichs aus.

Die Gegner dieser Politik hatten leicht argumentiren: der Staat hatte ein Zugeständniß um das andere gemacht und stand jetzt so weit von Rom entfernt als je. Dies war das Thema. Das mehr oder minder geschmackvolle Ornament der Reden bildeten dann Excurse über alte und neue Geschichte, über Papstthum und Inquisition, über Campanella, Galilei und den Jesuitenorden. Mancini, der neapolitanische Jurist, brauchte nicht weniger als sieben Stunden, bis er alle seine Gelehrsamkeit an den Mann gebracht hatte. Seine und Giuseppe Ferraris Reden waren glänzend, aber voll Schwulst und parteiischer Uebertreibung. Es fehlte nicht an den leidenschaftlichen Scenen, von welchen Debatten von allgemeinem Interesse, zumal wenn Persönliches mit ins Spiel kommt, in Italien unzer trennlich sind. Mehr denn einmal entglitten dem Präsidenten Mari die Zügel der Versammlung. Ein dunkler Ehrenmann von der Linken warf sich in die Brust und beantragte, Ricasoli und seine Kollegen in Anklagestand zu versetzen. Seltsam war, daß die Kammer erst gegen das todte Ministerium so muthig auftrat, während doch Ricasoli stets mit offenen Karten gespielt hatte und die Instructionen Tonello kein Geheimniß geblieben waren, auch die neuernannten Bischöfe ihre Aemter längst ohne den mindesten Anstand angetreten hatten.

Nicht durch die Politik unbegrenzter Nachgiebigkeit, führten die Redner dieser Seite aus, wird man Rom näher kommen. Die Missionen Begezzi und Tonello haben nur die Kurie in ihrer Hartnäckigkeit bestärkt. Die Verbindlichkeiten des Septembervertrags, der Verzicht auf die königlichen Prärogative, auf Eid, Placet und Exequatur, die Rückberufung der vertriebenen Bischöfe, die Neubesetzung der erledigten Bisthümer, vollends die Uebnahme eines Theils der päpstlichen Schu'd, alle diese Maßregeln sind der Ausfluß einer Politik, welche den Staat gegenüber dem Klerus compromittirt, die Rechte und die Würde der Nation bloßstellt. Die ganze Kirchenpolitik seit sieben Jahren ist eine Kette von Irthümern, die freie Kirche im freien Staat eine Illusion, eine überlebte Phrase. Cavour selbst konnte man von dem Tadel nicht ausschließen, neueste Veröffentlichungen hatten bewiesen, daß die Minister, welche Tonello Instructionen schrieben, ganz genau an Cavour's Ideen und bereits formulirte Vorschläge sich hielten. Nur dann, sagte Mancini, hätte dieses Programm einen

Sinn, wenn man wirklich damit das Ziel: Roma Capitale erreicht hätte. Und nicht bloß die Linke war einig in ihren Anklagen gegen die bisherige Kirchenpolitik. Es zeigte sich, daß angesichts des unbeugsamen Widerstandes der Kurie auch ein Theil der Gemäßigten zu den antipapalen Doctrinen zurückkehrte, welche einst, zumal in den Rechtsschulen von Florenz und Neapel, gepflegt worden waren. Noch heute kennt die Jurisprudenz von Neapel keine ehrwürdigere Tradition, als den mannhaften Kampf, den sie einst, freilich unter andern Verhältnissen, in Vertheidigung der Kronrechte gegen die Anmaßungen Roms geführt, und nun sollten eben diese Kronrechte, an deren Behauptung so viel Scharfsinn und Ausdauer gesetzt worden war, preisgegeben werden ohne Gegenconcessionen von Seiten Roms? Und den Piemontesen lag noch näher eine andere Erinnerung. Sie gedachten der Zeit, da nach Novara dem erschöpften und gedemüthigten Königreiche zuerst am Kampf mit Rom wieder die Flügel wuchsen, da nach dem Mißlingen jeder Verständigung mit der Kurie der Staat auf seinem eignen Gebiete zu reformiren begann, unbekümmert um den Einspruch und die Excommunicationen Roms. Auch sie konnten sich auf Cavour berufen. Vom Staatsmann des Königreichs Italien appellirten sie an den Staatsmann des Königreichs Sardinien. Die Rückkehr zu der ruhmreichen Periode der siccardischen Gesetze schien jetzt, in ähnlicher Lage, der einzig mögliche Weg.

Diesen Anschauungen gegenüber hatte die Rechte den Grundsatz der Freiheit zu vertheidigen, die der Kirche so wenig zu verweigern sei, als der Staat sie auf seinem Gebiete sich beschränken lassen dürfe, den Grundsatz der Trennung beider Gebiete, ohne welche man in der römischen Frage nicht vom Fleck kommen könne. Unter den Rednern dieser Seite des Hauses ragten hervor A. Conti, der eklektische Philosoph von Pisa, und Giuseppe Massari, der Freund Giobertis und Herausgeber von dessen literarischem Nachlaß. Die Vertheidigung des vorigen Ministeriums insbesondere führten Verti, Borgatti und vor allen Cordova, der schlagfertig wie kein andrer jeden Augenblick in die Debatte einzugreifen bereit war und sich von neuem als das erste Rednertalent der Kammer erwies. Nicasoli selbst ergriff das Wort zu seiner Vertheidigung, kurz und einfach wie immer, doch ohne den stolzen Accent, der so oft die Gegner verlegte und herausforderte. Da unsre Zeitungen im Ganzen wenig Notiz von der Debatte genommen haben, mag es erlaubt sein, aus seiner Rede einige Stellen mitzutheilen.

„Was die Motive betrifft,“ sagte er, „die meine Politik geleitet haben, so will ich sie offen darlegen. Erlauben Sie, daß ich mich dabei nicht in die alte Geschichte und nicht in die des Mittelalters verliere, noch in die Räume einer ausgebreiteten Gelehrsamkeit, die ich nicht so glücklich bin zu besitzen. Es sei mir gestattet meine Gedanken in einer Formel auszudrücken, welche gleichsam die Synthese der Politik ist, die in der gegenwärtigen Frage das voraus-

gegangene Ministerium und insbesondere mich geleitet hat; denn wenn die Kammer je einen Tadel aussprechen wollte, so bitte ich ihn nicht auf meine Kollegen zu richten, obwohl es nicht Männer sind, welche sich der Verantwortlichkeit für ihre Handlungen entziehen, vielmehr ihn einzig auf mich zu beschränken, der ich mich als Urheber und Leiter einzig verantwortlich fühle. Meine Absicht war, die Lösung der römischen Frage durch eine klare Scheidung der politischen Frage von der religiösen zu erleichtern und alle Mittel anzuwenden, daß sie in keiner Weise und unter keinem Vorwande ihren Charakter als innere Frage verlore und man ihr den Charakter einer internationalen Frage aufdrängen könne. Die römische Frage hat in meinen Augen eine zwiefache Seite. Ich sehe in ihr Rechte der Bevölkerungen und der Nation auf dem Spiel, und ich sehe in ihr wieder andere Interessen in Frage, die aus dem Umkreis unsrer Nation herauschreiten, die katholischen Interessen. Wir haben mit allen Kräften so zu handeln versucht, daß die Würde und Rechte der Bevölkerungen wie der Nation in keiner Weise beeinträchtigt werden konnten. Wir haben geglaubt, daß wenn wir uns der Kirche gegenüber aufmerksam, gerecht, tolerant für die allgemeinen d. h. katholischen Interessen zeigten, wir damit jedes Motiv aus dem Wege räumen würden, um von der italienischen Regierung etwas zu verlangen, was nicht in Uebereinstimmung mit den nationalen Interessen stände; wir glaubten mit einem Wort dadurch zu vermeiden, daß die italienische Regierung eines Tags zu Verhandlungen über die römische Frage am grünen Tisch aufgefordert werden könnte. Die Regierung blickte auf die Nation, deren Interessen und Geschicke in ihrer Hand lagen, und da sie dieselbe als eine wesentlich katholische anerkennen mußte, glaubte sie deren religiöse Gefühle achten zu müssen, um das Recht zu besitzen, nicht allein den neun und zwanzig Millionen italienischer Katholiken, sondern der ganzen katholischen Welt zu sagen, daß die religiösen Interessen durch ihr Vorgehen in keiner Weise geschädigt würden, daß dieselben aber auch in keiner Weise ein Vorwand sein könnten, der Würde und den Rechten der Nation zu nahe zu treten. Sie können mich verdammen, meine Herren, aber haben Sie Acht, ob nicht die Zukunft mir Recht geben wird. Ueber uns ist noch ein höheres Tribunal, das der öffentlichen Meinung, und wenn auch dieses versagen sollte, das Bewußtsein der erfüllten Pflicht."

Von diesen Grundsätzen aus verteidigte Ricasoli sein Verhalten gegenüber den Kirchenfürsten, denen er die Rückkehr erlaubte, die neuen Bischofsnennungen, endlich den Vorschlag, die Kronrechte (mit Ausnahme des Präsentationsrechts) als heute werthlos geworden aufzugeben. „Es war dies," fuhr er fort, „eine Politik der Versöhnlichkeit, beruhend auf dem Grundsatz der Freiheit, der Gerechtigkeit, d. h. des gemeinen Rechts. Wir haben es für angezeigt gehalten, uns entgegenkommend, aber gerecht zu zeigen, ohne eines der Prärogative der Staatsgewalt preiszugeben, und auf diesem Wege waren wir überzeugt, die

Lösung der römischen Frage vorzubereiten und zu erleichtern. Wenn einmal der Weg, mit Gewalt nach Rom zu gehen, ausgeschlossen ist, — und, m. G., wenn Sie die Möglichkeit haben, nach Rom mit Gewalt zu kommen und wohlverstanden, eines ruhigen Dortbleibens sich zu versichern, dann werde ich der Erste sein, der freudig zustimmt, aber die Kammer ist bis jetzt nicht dieser Meinung gewesen, — wenn also der Weg der Gewalt ausgeschlossen ist, so haben wir geglaubt, daß es moralische Mittel zur Lösung gebe, die je nach Umständen und Schicklichkeit zur Anwendung zu bringen seien. Indem wir die kirchliche Frage aus dem Weg räumten, schien es uns, daß mit der Zeit die Lösung der politischen und bürgerlichen Frage vereinfacht würde. Auf diesem Weg glaubten wir unsre Unabhängigkeit und die nationale Würde gegen jede Beeinträchtigung zu schützen, denn damit raubten wir denen, welche im Namen der katholischen Interessen sprachen, jeden Vorwand, sich in unser Haus einzumischen, wir konnten ihnen erwidern: mischt euch nicht in diese Dinge, wir sind im Stand eure Interessen zu schützen wie die unsrigen.“

Der Grundgedanke Ricasolis also war, durch Trennung der religiösen und der politischen Frage jede diplomatische Einmischung auszuschließen, derselbe Gedanke, der dem Septembervertrag zu Grunde lag, welcher die römische Frage zu einer inneren Angelegenheit Italiens gemacht hatte. Waren auf diesem Wege nicht rasche Resultate zu erreichen, so hatte doch niemand etwas darein zu reden als die Italiener Roms und die Italiener des Königreichs.

Im Uebrigen konnte Ricasoli auf die Actenstücke verweisen, welche über den Verlauf der tonelloschen Sendung kürzlich dem Parlament vorgelegt wurden. Liest man diese Actenstücke durch, so erstaunt man, über welche Armseligkeiten Monate lang zwischen Tonello und Antonelli herumgestritten wurde. Es handelte sich um die Besetzung der erledigten Bisthümer, um die Personen der zu Ernennenden, und nachdem man hierüber ins Reine gekommen war, um irgend-eine Form der Mitwirkung des Staats bei der Installation. Hier lag die eigentliche Schwierigkeit. Tonello hatte die liberalsten Weisungen erhalten. Nach langen Verhandlungen verständigte er sich mit dem Cardinal dahin: die Rechtsfrage sollte unberührt und unangetastet bleiben; dagegen sollte bei den neuen Ernennungen in einem Schreiben des hl. Stuhls an Tonello als den Unterhändler des Königs von Italien gesagt sein, daß die Bischöfe nach vorausgegangener Verständigung zwischen beiden Theilen ernannt worden seien und daß demgemäß der Papst vertraue, daß die Bischöfe von der italienischen Regierung in den Besitz ihrer Temporalien eingesetzt würden; diese beiden Punkte sollten in jedem Ernennungsdecret erwähnt sein. Der Minister Borgatti nahm jedoch diese Uebereinkunft nicht an (Schreiben Borgattis an Tonello vom 2. Januar). Irgendeine schriftliche Aufzeichnung, welche ausdrücklich von den bisher gesetzlichen Formen Abstand nahm, schien ihm ein bedenklicher Vor-

gang, ein Eingriff in die Rechtsfrage. Die Verständigung sollte bloß eine mündliche sein, und die italienische Regierung wollte sich verpflichten, die Bischöfe, über die man übereingekommen, einzusetzen, sobald sie dem Unterhändler Tonello ihre Ernennungsbulle präsentirt hätten. Damit war nun wieder Antonelli nicht einverstanden. Er schlug vor, er wolle sich mit der italienischen Regierung über die Formel der Ernennungsbulle verständigen, aber er weigerte sich, die Bulle, wie sie einmal erlassen und unterzeichnet sei, vorher irgendeiner andern Autorität zu präsentiren. Er gebe zu, daß die italienische Regierung nicht für verschiedene Provinzen eine verschiedene Praxis annehmen könne, aber dem Papst könne man nicht eine Handlungsweise zumuthen, durch die er für die Provinzen, die vormalß ihm gehörten, eine andere Autorität anerkennen würde. So drohte also die Verhandlung wiederum an den annectirten Provinzen zu scheitern. Unter diesen Umständen entschloß sich die italienische Regierung zu erneuter Nachgiebigkeit. Minister Verti ging selbst nach Rom und brachte Tonello die Ermächtigung, mit dem Cardinal auf Grundlage jenes Vorschlags ein Abkommen zu treffen, wonach die päpstliche Bulle, durch welche die Bischöfe eingesetzt wurden, mit Zustimmung der italienischen Regierung formulirt werden sollte. Dies geschah und nach diesem Modus wurden dann nach vorheriger Verständigung zwischen beiden Theilen von etwa achtzig erledigten Bisthümern einundzwanzig besetzt. Der Regierung kam es darauf an zu zeigen, daß auch im Königreich Italien, auch in den vormalß päpstlichen Provinzen das Papstthum ungehindert sei, seine rein geistlichen Functionen auszuüben. Durch die vertrauliche Verständigung über die Personenfrage und durch die Ausdehnung des gemeinen Rechts über den Klerus schienen ihr die drei Bollwerke des Staats, wie Ferrari das Exequatur, das Placet und die Präsentation nannte, ausreichend ersetzt zu sein. Und bezeichnenderweise hatte sie auf den Eid aus freien Stücken verzichtet; Antonelli hatte ausdrücklich erklärt, daß er mit Ausnahme der annectirten Provinzen gegen die Fortdauer dieser Praxis nichts einzuwenden hätte. Seltsam war, daß die Linke Ricasoli tadelte, weil er nicht mindestens die Anerkennung des Königreichs Italien durch den Papst als Gegenconcession verlangt habe. An den Papst dieses Verlangen zu stellen, hieß doch zugleich ihn selbst als legitimen Besitzer des jetzigen Kirchenstaats anerkennen, und in diesem Punkt sind die Anschauungen der Rechten so entschieden wie die der Linken.

Die Freunde Ricasolis beantragten, die Debatte über die Interpellation Ferraris mit einfachem Uebergang zur Tagesordnung abzuschließen. Die Linke wollte eine motivirte Tagesordnung, die einen Tadel gegen die ricasolische Politik enthielt. Jetzt war ein Moment des Triumphs für Mattazzi gekommen: er schützte Ricasoli gegen ein ausdrückliches Tadelsvotum, er konnte den Großmüthigen gegen den gestürzten Rivalen spielen. Er selbst, sagte er, hätte natürlich nicht so gehandelt wie Ricasoli, und gleich bei seinem Regierungsantritt

habe er in Rom zu wissen gethan, daß es mit den Bischofsnennungen ein Ende habe. Allein deswegen könne man doch nicht sagen, daß Ricasoli unloyal gehandelt habe. Nach der vorausgegangenen Debatte sei es jedoch der Regierung unmöglich, die einfache Tagesordnung anzunehmen, sie müsse auf einem Votum bestehen, das die Ideen der Kammer ausdrücke und der Regierung damit eine Directive gebe. Er empfahl zu diesem Zweck eine von Mancini vorgeschlagene Tagesordnung, weil sie keinen Tadel gegen Ricasoli enthalte. Wer einmal eine Charakteristik Rattazzis schreiben will, wird diese bezeichnende Scene nicht vergessen dürfen.

Der Antrag Mancinis enthielt allerdings keinen directen Tadel gegen Ricasoli, der Wortlaut war allgemein und nichtsägend, es war die Erwartung ausgedrückt, daß die Regierung die Rechte der Krone und die Würde der Nation unangetastet aufrecht halten werde. Aber gemeint war er gleichwohl als Tadelsvotum, und nach der vorangegangenen Debatte konnte er gar keinen andern Sinn haben. Das Resultat war vorauszusehen. Der Antrag auf einfache Tagesordnung fiel mit 231 gegen 116 Stimmen, der Antrag Mancinis wurde nach unerquicklicher Debatte darüber, ob er ein Tadelsvotum sei oder nicht, mit großer Mehrheit angenommen.

Damit ist die seitherige italienische Politik in der römischen Frage abgeschlossen, sie gehört nunmehr der Geschichte an. Der Grund der Wendung liegt allerdings im Starrsinn der Kurie und ist insofern verständlich genug; man war es müde, fortgesetzt Zugeständnisse zu machen, denen keine Gegenleistungen entsprachen, ein Extrem rief wie immer das andere hervor. Allein erst die Zukunft wird darüber entscheiden, ob die Volksvertretung Italiens recht gethan hat, einen großen politischen Gedanken aufzugeben, weil in sieben Jahren die Früchte noch nicht abzuschütteln sind. Den Italienern ist das Warten lang geworden, dies ist nicht zu verwundern; die Frage ist nur die, ob die Aera Rattazzi einst glücklichere Resultate aufzuweisen haben wird, als ihre Vorgängerinnen. Nur die Parteiverblendung kann behaupten, daß die abgelaufene Periode der Kirchenpolitik unfruchtbar gewesen sei. Sie hat allerdings nicht nach Rom geführt, und ihre Urheber haben jederzeit eingestanden, daß der Weg lang sein und Geduld erheischen werde. Allein abgesehen von einzelnen Reformen, wie der Einführung der Civilehe, abgesehen von der Aufhebung der religiösen Körperschaften, die jetzt die Linke für sich in Anspruch nehmen möchte, während sie zuerst vor drei Jahren vom Ministerium Minghetti in Gesetzesform vorgeschlagen worden ist, darf man wohl sagen, daß der einzige wesentliche Fortschritt, den die römische Frage gethan hat, nur durch diejenige Politik möglich wurde, die jetzt von der Kammer verurtheilt ist. Daß in Rom keine französischen Occupationstruppen mehr stehen, daß die weltliche Gewalt nur noch auf ihren eigenen Füßen steht, daß kein außeritalienischer Wille mehr in Italien gebietet, dies ist einzig derjenigen Politik zu verdanken,

die durch die Namen Cavour und Ricasoli bezeichnet ist. Der Septembervertrag aber war die Basis für jeden weiteren Fortschritt. Durch ihn ist eine Verhandlung zwischen Rom und Italien möglich geworden, und wenn die Missionen Begezzi und Tonello dürftige Resultate gehabt haben, so ist doch ihre bloße Thatsache schon eine Bresche in das System des *non possumus*. Der Vertrag wegen der päpstlichen Schuld trägt freilich nur eine Last über von dem Kirchenstaat auf das Königreich, aber er enthält doch zugleich — ob eingestanden oder nicht — die Anerkennung des Verzichtes auf Umbrien und die Marken. Und wenn man sich des Briefwechsels erinnert, den im December vorigen Jahres Ricasoli mit den in ihre Diöcesen zurückgekehrten Bischöfen führte, welche für „Freiheit wie in Amerika“ schwärmten, so muß man gestehen, daß in der wahrhaft liberalen Politik Ricasolis Keime zu Reformen lagen, für welche freilich den Nothwendigen kein Verständniß zuzumuthen ist.

Und nun tritt diese Wendung der italienischen Politik ein in einem Augenblick, da die Bewegung gegen Rom unverkennbar wieder lebhafter geworden ist; durch den Gang der Kammerdebatten kann diese nur verstärkt und angereizt werden. Aber unglücklicherweise ist nur eine Bewegung vom Königreich gegen Rom, keineswegs aber von Rom gegen das Königreich zu spüren, und dieser Zustand ist weit gefährlicher für die italienische Regierung, die nun einmal bestimmte Verpflichtungen übernommen hat, als für die päpstliche Regierung, die durch jene Verpflichtungen gedeckt ist. Alle zuverlässigen Berichte aus Rom stimmen darin überein, daß für eine römische Erhebung zu Gunsten der Annexion nicht die mindeste Aussicht vorhanden ist. Diese Stimmung datirt nicht erst von den letzten Festen, die dem römischen Volk gezeigt haben, wie trefflich seine Regierung für Spektakel und nützlichen Fremdenbesuch zu sorgen versteht. Sie datirt vielmehr, wie unbefangene Gewährsmänner versichern, von dem Abzug der Franzosen, der die wahre Meinung der Römer frei gemacht hat. So lange der Anblick der Straßen und Kasernen an die Fremdherrschaft erinnerte, fehlte es nicht an Stoff und Nahrung für eine Anschlußagitation, sobald aber jene Herausforderung beseitigt war, und Rom sich als italienische Stadt fühlte, zeigte sich alsbald, wie wenig jene Agitation bedeutete. Die verschiedenen Revolutionscomités fuhren fort sich unter sich zu zanken, Einfluß auf die Bevölkerung hatten sie nicht mehr. Als Ricasolis Privatsecretär, Celestino Bianchi, im Frühjahr nach Rom ging, um wieder einige Fühlung mit der Annexionspartei herzustellen, war er erstaunt und betroffen über den völligen Umschlag der öffentlichen Meinung. Angesichts der inneren Zustände des Königreichs ist die Ungeduld der Römer nüchterner Berechnung gewichen. Sie sind zufrieden, daß durch die Unification des Münzwesens und durch den immer lebhafteren Eisenbahnverkehr, der jetzt alle Reisenden von Florenz nach Neapel über den römischen Bahnhof führt, ein allmähliges Niederreißen der Schranken eingeleitet

schießen, die Rom vom Königreich trennten. Auch diese Erwägungen, hätte man denken sollen, waren ein Motiv, im jetzigen Moment die Politik der „moralischen Mittel“ nicht aufzugeben. Der lächerliche Putsch von Terni hat gezeigt, welche geringen Sympathien die Garibaldiner im Römischen begegnen. Ob von der jetzt erfolgten Vereinigung der revolutionären Comités etwas zu hoffen ist, ob künftige Putsche größere Wirkung erzielen werden, muß die Zukunft lehren. So lange die Stimmung der Römer nicht eine ganz andere wird, ist die gegenwärtige Agitation, wie gesagt, weit mehr eine Verlegenheit für den Minister von Aspromonte, als für den Papst.

Eine Verlegenheit zugleich Frankreich gegenüber, das in dem jetzigen Umschlag der italienischen Politik eine Reaction gegen die Politik des Septembervertrags erblicken muß. Schon fehlt es nicht an Anzeichen eines Conflicts. Die Sendung des Generals Dumont, dieser Versuch einer erneuten Einmischung, ist zwar ohne Zweifel nur durch die erneute Agitation der garibaldinischen Elemente veranlaßt. Aber sie ist zugleich ein verständliches Warnungszeichen für die Regierung, welche die Grundsätze der Linken adoptirt hat, sie ist die sprechendste Illustration zu den Worten Ricasolis, der durch das Festhalten am cavourschen Programm eben jeder Wiederkehr fremder Intervention vorzubeugen gedachte. Es scheint, unglücklicher konnte die Stunde nicht gewählt werden, das Vermächtniß Cavours über Bord zu werfen. L.

Die russische Emigration in Oestreich und der Türkei.

Bei der Verschiedenheit der innerhalb des europäischen Rußland herrschenden Tendenzen und Bestrebungen und der großen Anzahl der dem russischen Scepter unterworfenen fremden Stämme ist begreiflich, daß es zu allen Zeiten eine ziemlich bedeutende Anzahl Unzufriedener gegeben hat, die außerhalb dieses Reichs eine Zufluchtsstätte suchten, um entweder auf Umwälzungspläne zu denken oder für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit ihrer speciellen Heimath thätig zu sein. Seit den dreißiger Jahren giebt es kaum einen europäischen Staat, in welchem nicht flüchtige Polen aus Litthauen oder dem ehemaligen Königreich ihren Sitz genommen hätten, um in der Hoffnung auf eine Wendung zu Gunsten ihres Vaterlandes als Verbannte zu leben und im Stillen für die polnischen Interessen thätig zu sein. Neuerdings, d. h. seit den letzten zwanzig Jahren, besteht neben der polnischen bekanntlich auch eine russische revolutionäre Emigra-